Stadtverordnetenversammlung
Protokoll Nr. STV/10/2021

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.12.2021, Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn öffentlicher Teil	:	19:36 Uhr
Beginn nicht öffentlicher Teil	:	23:40 Uhr
Ende der Sitzung	:	23:45 Uhr

Vorsitz
Herr Roland Wilde

Stadtverordnete
Herr Oliver Böge
Frau Doris Brandt
Herr Jürgen Eckert — nicht TOP 13, 14 und 15
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Volkmar Kleinschmidt
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Horst Marzi
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer
Herr Christian Schmidt
Herr Erik Schrader
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg

Verwaltung
Herr Michael Sarach — Bürgermeister
Herr Marcel Grindel
Herr Peter Kania
Frau Tanja Eicher
Frau Sabrina-Nadine Blossey
Frau Meike Schaaf
Frau Peggy Ehrig — Protokollführerin
Frau Yvonne Borgwardt — bis TOP 9

Herr Raphael Markwart	Auszubildender
Herr Mathias Horsch	Veranstaltungstechnik
Herr Rolf Schmidt	Raumwärter / Desinfektion

Gäste

Herr Edgar Müller	Vorsitzender Seniorenbeirat
Lena von Hadeln	Kinderjugendbeirat
Steffen Kahl	Kinderjugendbeirat
Herr Eckart Boege	
Herr Niels Pirck	Gemeindewehrführer
Frau Rebecca Wagner	
Herr Jürgen Siemers	

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Ali Haydar Mercan
Herr Matthias Stern

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Festsetzung der Tagesordnung	
5.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2021 vom 22.11.2021	
6.	Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters	
6.1.	Berichte gem. § 45 c GO	
6.2.	Sonstige Berichte/Mitteilungen	
7.	Neubau einer Fahrzeughalle für die Feuerwache Am Weinberg	**2021/104/1**
8.	Neuwahl einer Schiedsfrau/eines Schiedsmannes und einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters	**2021/123/1**
9.	Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung - Zwischenbericht über Phase 1-4 des Projekts (I) -Empfehlungen der Planungsgruppe/ Inklusionsbüro/ Inklusionsbeauftragung (II.) - Fazit/Fördermittel (III.)	**2021/033**
9.1.	Kenntnisnahme Zwischenbericht	
9.2.	Einrichtung eines Inklusionsbüros	
9.3.	Mittelbereitstellung für 1. Teilhabebericht im Haushalt	
9.4.	Bewerbung für die Teilnahme am Förderprogramm "Inklusion vor Ort"	
10.	Erlass der Haushaltssatzung 2022 und 2023 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2022 und 2023	**2021/122/1**
11.	Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022/2023	**2021/089/1**
12.	2. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhe-	**2021/110/1**

bung von Elternbeiträgen

13. Durchführung eines Auswahlverfahrens zur Neuvergabe des Gaskonzession in der Stadt Ahrensburg nach § 46 EnWG **2021/128**

14. Anschaffung einer Hebebühne für die Bühne im Alfred-Rust-Saal **2021/132**
    - Beschluss über eine außerplanmäßige Auszahlung gemäß § 82 GO

15. Anfrage der Fraktion die Linke betreffend geförderten Wohnungsbau in Ahrensburg **AF/2021/016**

16. Weihnachtsgrüße des Bürgervorstehers

Nicht öffentlicher Teil

17. Grundstücksangelegenheit **2021/135**
    "Alte Reitbahn" - Änderungsvertrag zum Kaufvertrag vom 01.07.2020

18. Gewerbesteuerangelegenheit **2021/133**
    - Erlass von Gewerbesteuerforderungen

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Bürgervorsteher Wilde erklärt, dass die Sitzung im Pairingverfahren unter Einhaltung von 3G stattfindet.

Er weist zudem darauf hin, dass für die jenen Stadtverordneten, welche im Aufsichtsrat der Stadtwerke Ahrensburg sind, unter TOP 13 keine Befangenheit vorliegt.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es sind 22 Stadtverordnete anwesend und die Sitzung erfolgt im Pairingverfahren.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden folgende Einwohneranfragen gestellt:

1.
Herr Oliver Schömburg hat mit E-Mail vom 15.12.2021 eine Anfrage zur Taktung der Buslinie 269 gestellt. Herr Schömburg ist nicht anwesend und wird eine schriftliche Antwort auf seine Anfrage erhalten. Siehe **Anlage**.

2.
Eheleute Brigitta und Jürgen Siemers haben mit Schreiben vom 30.11.2021 eine schriftliche Anfrage zur Personalsituation in der Bauverwaltung und zur Vorlegung des F-Plan Entwurfes gestellt. Herr Siemers ist persönlich anwesend und stellt folgende, weitere Frage: „Wie gestaltet die Verwaltung die nächste Lärmaktionsplanung mit Bürgerbeteiligung?“

Bürgermeister Sarach verliest die Stellungnahmen der Bauverwaltung. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage liegt dem Protokoll als **Anlage** bei.

Im Hinblick auf die neue Anfrage erläutert Herr Sarach, dass die Lärmaktionsplanung (LAP) durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) durchgeführt werden wird. Herr Kania führt hierzu weiter aus, dass die zuvor für die LAP vorgesehene 0,5 Stelle nicht besetzt ist und die Durchführung der LAP in eigener Regie daher nicht möglich ist. Zudem sei die Durchführung der LAP durch das LLUR das übliche Mittel und wird auch in anderen Städten durch dieses durchgeführt.

3.
Frau Rebecca Wagner führt aus, dass es im Rosenweg einen Generationswechsel gab und dort viele Kinder leben. Sie weist daraufhin, dass dort dringend eine Lösung für eine Fußgängerüberquerung gefunden werden muss. Eine Geschwindigkeitsmessanlage habe bereits bestätigt, dass das Tempolimit dort häufig überschritten wird.

Frau Wagner fragt nach der Begründung warum der Bau des Kreisels Ahrensfelde dem Bau eines Kreisels im Rosenweg vorgezogen wird. Zudem fragt sie, ob man einen Weg sieht, die Planung und Umsetzung des Kreisels Rosenweg wiederaufzunehmen oder eine günstigere Alternative (z.B. Zebrastreifen) zu schaffen. Frau Wagner bittet auch um Mitteilung der entsprechenden Rechtsgrundlagen und um Prüfung, ob der Bau ggf. extern geplant und durchführt werden könnte, wenn das Verschieben der Maßnahme nur aufgrund des Personalmangels in der Bauverwaltung begründet ist.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der CDU-Fraktion stimmt zu, dass im Rosenweg das Thema Verkehrssicherheit ein Problem ist und erläutert, dass die Verwaltung für Januar / Februar Lösungsvorschläge zugesagt hat.
Herr Kania erklärt, dass das Projekt Kreisel Rosenweg aufgrund von Perso-

nalmangel zunächst fallen gelassen werden muss und man im Bau- und Planungsausschuss über die Prioritäten der verschiedenen Baumaßnahmen abgestimmt habe. Hiernach wird der Kreisel Ahrensfelde dem Kreisel Rosenweg vorgezogen.

Bürgermeister Sarach bittet Frau Wagner die Anfrage nochmal schriftlich einzureichen und verweist auf eine anschließende schriftliche Antwort, welche dem Protokoll als **Anlage** beigefügt ist.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Vorsitzender Wilde erklärt den TOP 8 in öffentlicher Sitzung, wie in der Einladung vorgesehen, behandeln zu wollen. Eine nicht öffentliche Behandlung wäre nur notwendig, wenn eine Vorstellung der Kandidaten erfolgen soll.

Vorsitzender Wilde weist auf die (Strich) /1 Vorlagen hin zu den TOP´s 10, 11 und 12 sowie auf die Tischvorlage zu 134/2021.

Hierauf bezogen stellt Ausschussmitglied Dr. Steuer von der Fraktion WAB den Antrag die TOP´s 10 und 11 zu vertagen. Er führt aus, dass man die Beschlussvorlage gerne einzeln diskutieren könne, bittet jedoch die Abstimmung zu vertragen, weil die /1 Vorlagen zu spät online gestellt wurden. Er und auch andere Stadtverordnete haben nicht ausreichend Gelegenheit gehabt sich entsprechend mit den neuen Beschlussvorlagen auseinander zu setzen.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der CDU- Fraktion stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Über den Antrag auf Absetzung der TOP´s 10 und 11 wird nach Fortsetzung der Sitzung wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

9 dafür
12 dagegen
1 Enthaltung

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 06.12.2021 versandten öffentlichen / nicht öffentlichen Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis öffentlicher Teil der Tagesordnung:

21 dafür
1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis nicht öffentlicher Teil der Tagesordnung:

17 dafür
4 dagegen
1 Enthaltung

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2021 vom 22.11.2021

Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2021 vom 22.11.2021 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Sarach verliest den Finanzbericht Nr. 15/2021. Dieser wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

--- keine ---

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

--- keine ---

2021/104/1

7. Neubau einer Fahrzeughalle für die Feuerwache Am Weinberg

Stadtverordneter B. Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hält einen Sachvortrag und führt aus, dass die Vorlage 104/2021 zu wenig ausgeführt war und nunmehr inhaltlich zu einer /1- Vorlage gefüllt wurde.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der Fraktion WAB fragt Bürgermeister Sarach warum diese Vorlage erst jetzt in den Haushaltsberatungen ist, obwohl die darin enthaltenen Unterlagen schon älter sind.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass die Fakten früh bekannt waren und er nicht sagen kann warum diese nicht ins Haushaltsverfahren eingeflossen sind.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der Fraktion WAB stellt den Antrag die Planungsmittel mit einem Sperrvermerk zu versehen und die sonst üblichen Prozesse einzuhalten. Über diesen den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

4 dafür
12 dagegen
6 Enthaltungen

Anschließend verliest Vorsitzender Wilde die Beschlussvorlage 104/2021/1 und es wird über den nachstehenden Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Machbarkeitsstudie einschließlich der Kostenschätzung für den Bau einer Fahrzeughalle für die Feuerwache Am Weinberg wird zur Kenntnis genommen.

2. Dem Bau einer Fahrzeughalle wird grundsätzlich zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, kostengünstigere Alternativen zu prüfen und darzustellen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, Alternativen der Energieversorgung des Gebäudes zu prüfen und darzustellen.

5. Planungskosten in Höhe von 350.000 € werden dafür im Haushalt 2022 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2021/123/1

8. Neuwahl einer Schiedsfrau/eines Schiedsmannes und einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters

Vorsitzender Wilde führt aus, dass auf eine Vorstellung der Kandidaten verzichtet wird und verliest den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, für die Schiedsperiode 2022 bis 2026, die amtierende stellvertretende Schiedsfrau Frau Waltraud Frank zur Schiedsfrau und Herrn Jürgen Albrecht als ihren Stellvertreter zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordneten wünschen der anwesenden Frau Frank alles Gute für Ihre Arbeit im Schiedsamt.

2021/033

9. Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung
- Zwischenbericht über Phase 1-4 des Projekts (I)
-Empfehlungen der Planungsgruppe/ Inklusionsbüro/ Inklusionsbeauftragung (II.)
- Fazit/Fördermittel (III.)

Vorsitzender Wilde führt aus, dass die Vorlage 033/2021 Aktionsbündnis und Teilhabe im vorangegangenen Hauptausschuss aufgrund fehlender Empfehlungen der Gremien von der Tagesordnung genommen wurde.

Stadtverordnete Brandt von der Fraktion CDU hält einen Sachvortrag und erklärt, dass diese Vorlage bereits zweimal im Sozialausschuss und zweimal im Hauptausschuss vertagt wurde und die Vorlage ihren Auftakt in 2019 in einer Stadtverordnetenversammlung hatte mit dem Wunsch ein solches Bündnis zu schaffen.

Es wird seitens der Stadtverordneten Brandt von der CDU Fraktion scharfe Kritik an der Vorlage 033/2021 geäußert und ausgeführt, dass hier zumindest eine /1- Vorlage zu erwarten gewesen wäre. Sie bemängelt vor allem die Tatsache, dass keine Kosten und Folgekosten aufgeführt wurden und findet die Vorlage nicht aussagekräftig und hätte sich mehr Qualität statt Quantität erwünscht.

Stadtverordnete Brandt führt weiterhin aus, dass die 30.000 € für ein Beratungsbüro nicht effizient genutzt seien und sie befürwortet die Bewerbung „Inklusion vor Ort“ jedoch mit dem Hinweis, dass auch die Bewerbung hierfür Geld kostet und der Bewerbungsschluss bereits der 31.01.2022 sei. Insgesamt hält sie fest, dass man in dieser Angelegenheit bereits hätte viel weiter sein können.
Trotz allem findet die Vorlage die Zustimmung der Stadtverordneten Brandt, weil sie die 0,5 Stelle für gewollt und wichtig ansieht.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD empfindet die Vorlage als unübersichtlich und macht darauf aufmerksam, dass man die Teilpunkte 3 und 4 nicht streichen sollte (wie es im Sozialausschuss der Fall war).

Er führt weiterhin aus, dass der Teilhabebereicht die Grundlage der 0,5 Stelle sei und man die geleistete Arbeit nicht diskreditieren sollte und in jedem Fall die Fördermittel beantragen sollte.

Es folgt ein Wortbeitrag von Herrn Müller vom Seniorenbeirat. Herr Müller spricht auch im Namen des Behindertenbeirates und erklärt, dass es schwierig war die Zuarbeit zu leisten und zu wertschätzten ist. Herr Müller führt aus wie wichtig es sei die Haushaltsmittel für die Phase der Evaluierung bereits zu stellen und bittet um eine entsprechende Abstimmung.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der Fraktion WAB stellt den Antrag die Abstimmung über Vorlage 033/2021 zu vertagen bis eine /1- Vorlage erstellt wird.

Stadtverordnete Brandt führt weiter zur Thematik aus, dass man ein richtiges Konzept brauche und nicht nur viel Papier. Aktuelle fehle noch der rote Faden. Sie lobt in diesem Zusammenhang die Mitarbeit des Senioren- und Behindertenbeirates.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion Die Linke möchte sich nicht inhaltlich äußern, aber er stimmt der Vorlage in allen Punkten zu, weil man sich bereits lange genug auf dem Engagement der Ehrenamtlichen ausgeruht habe.

Stadtverordneter Randschau merkt an, dass die Vorlage auch abstimmungsfähig sein muss und bittet um eine Abstimmung aller Teilpunkte. Die Abstimmung hat auch Auswirkungen auf den Stellenplan und sollte daher heute erfolgen.

Stadtverordneter Eckert von der Fraktion SPD ist ein Mitglied der Vorbereitungsgruppe und diese habe sich gut und umfangreich mit der Thematik befasst.

Stadtverordneter Schmidt von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen spricht sich dafür aus nur über die Teilpunkte 1 und 2 abzustimmen.

Stadtverordneter Randschau merkt erneut an, dass die Vorlage heute in vollem Umfang zur Abstimmung kommen sollte, weil diese wichtig für den Haushalt ist und man anderenfalls erst wieder bei einem möglichen Nachtragshaushalt handlungsfähig wäre.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der Fraktion WAB hält die Bewerbungsfrist für „Inklusion vor Ort“ für irrelevant da der Haushalt bis dahin sowieso nicht genehmigt sein wird. Hierzu führt Bürgermeister Sarach aus, dass der Aufruf für die Fördermittel erst im September 2021 kam.

Frau Eicher erklärt aus Sicht der Verwaltung, dass eine halbe Stelle in der Verwaltung bereits zur Verfügung steht und die 0,5 Stelle als Integrationsstelle hinzukommt.

Stadtverordneter Schmidt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt, dass die Vorlage nicht gesamtheitlich, sondern alle Teilpunkte 1.-4. einzeln abgestimmt werden.

Zunächst wird über den Antrag, den TOP 9 zu vertagen, von dem Stadtverordneten Dr. Steuer von der Fraktion WAB, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

2 dafür
19 dagegen
1 Enthaltung

Es folgt die Abstimmung über Vorlage 033/2021 in Ihren Einzelpunkten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Zwischenbericht und die bereits umgesetzten Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Inklusionsbüro einzurichten.

3. Im Haushalt werden 71.000,- bei dem PSK 11190.54310140 für die Fertigstellung des 1.Teilhabeberichts eingestellt, weil die ursprünglichen Mittel verfallen sind.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, sich auf der Basis der Beschlussvorschläge 1-3 gemeinsam mit geeigneten Kooperationspartnern für die Teilnahme am Förderprogram „Inklusion vor Ort“ zu bewerben.

Abstimmungsergebnis Punkt 1 der 033/2021:

Zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis Punkt 2 der 033/2021

Alle dafür

Abstimmungsergebnis Punkt 3 der 033/2021

7 dafür
14 dagegen
1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis Punkt 4 der 033/2021

7 dafür
14 dagegen
1 Enthaltung

2021/122/1

10. Erlass der Haushaltssatzung 2022 und 2023 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2022 und 2023

Vorsitzender Wilde erläutert das Abstimmungsverfahren. Zunächst soll über die Vorlage 134/2021 (Tischvorlage) abgestimmt werden und anschließend über die Vorlage 122/2021/1.

Stadtverordnete Brandt von der Fraktion CDU führt aus, dass diese beiden Stellen für die städtischen Kindertageseinrichtungen sind und diese wirklich wichtig sind im Kampf gegen den Personalmangel in Kitas. Zudem sei hier die Besonderheit, dass diese Ausbildung auch für Quereinsteiger gedacht ist und sogar eine kleine Vergütung gezahlt wird – denn üblicherweise kostet die Erzieherausbildung nur Geld.

Beschlussvorschlag:

1. In den Stellenplan 2022/2023 werden nachrichtlich ab dem 01.08.2022 zwei Stellen für Erzieherausbildung PiA (Praxisintegrierte Ausbildung) aufgenommen. Die Stellen erhalten einen Sperrvermerk, der ggf. durch den Sozialausschuss aufzuheben ist.

2. Die Produktsachkonten 36500.5012000 sowie 36505.5012000 werden jeweils mit 8.500 € für das Jahr 2022 und jeweils 20.000 € für das Jahr 2023 im Doppelhaushalt 2022/2023 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis Vorlage 134/2021

Alle dafür

Stadtverordneter B. Stukenberg lässt zu Protokoll geben, dass die im Hauptausschuss beschlossenen Änderungen für die Abstimmung über den Stellenplan verbindlich sind.

Zur Beratung über die Vorlage 122/2021/1 ergeben sich keine weiteren Wortbeiträge.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen (**Anlagen 1, 2 und 5**).

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2021/089/1

11. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022/2023

Vorsitzender Wilde führt aus, dass unter TOP 11 über die Vorlage 089/2021/1 abgestimmt wird sowie über die dazugehörigen, folgenden Anträge: AN/073/2021, AN/096/2021, AN097/2021, AN/098/2021, AN/109/2021, AN/113/2021, AN/114/2021, AN/116/2021 sowie AN/117/2021.

Stadtverordneter Egan von der Fraktion WAB merkt an, dass der Finanzausschuss dem Haushaltsentwurf nur mit einer knappen Mehrheit von 7 zu 6 Stimmen zugestimmt hat. Weiterhin weist er daraufhin, dass der Haushalt im Ergebnisplan einen Verlust von 6,9 Millionen für 2022 und 5,4 Millionen für 2023 ausweist.

Stadtverordneter B. Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen empfindet die Steuereinnahmen als sehr konservativ geschätzt.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP erläutert, dass der Haushaltsplan aufzeigt wie uns die Säumnisse und Entscheidungen der Vergangenheit eingeholt haben. Er ermahnt zu Kosten- und Investitionsdisziplin. Im Namen seiner Fraktion wird er der Vorlage 089/2021/1 nicht zustimmen.

Stadtverordneter Randschau sieht den Haushaltsplan als keine realistische Planung an und hält diesen für nicht beschlussfähig. Er begründet dies damit, dass viele geplante Investitionen gar nicht umgesetzt werden können (z.B. das Bauamt aufgrund von Personalmangel).

Stadtverordneter Röper von der Fraktion CDU erläutert, dass seine Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen wird. Er hält ihn für gut und mehrheitsfähig und man müsse anschließend die nächsten zwei Jahre nutzen um mehr in Richtung planen zu können wie Stadtverordneter Randschau es wünscht.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU stimmt Stadtverordnetem Röper zu. Der Haushaltsentwurf enthält ca. 40.000.000 Millionen Investitionskosten, die die Verwaltung nicht schaffen wird umzusetzen. Für diesen Haushalt schaffe man keine umsichtige Planung mehr, allerding stimmt er zu, dass man für die Zukunft die Investitionen gemeinsam mit der Verwaltung durchsprechen muss, welche umsetzbar sind und welche nicht.

Bürgermeister Sarach merkt an, dass sich der Haushalt der Stadt Ahrensburg laut dem Innenministerium bereits seit einigen Jahren am Rande der Genehmigungsfähigkeit bewegt.

Stadtverordneter Proske stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass man die einzelnen Anträge nicht neu diskutieren solle, welche bereits im Hauptausschuss beschlossen wurden.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Anschließend wird über die noch offenen Anträge beraten und abgestimmt.

AN/073/2021 Antrag auf Hinterlegung von Moderations- und Planungskosten für eine städtische Wohnungsbaugesellschaft in Ahrensburg

Dieser Antrag wurde von der Fraktion Die Linke erneut gestellt trotz der Ablehnung im Hauptausschuss.

Vorsitzender Wilde verliest den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

7 dafür
15 dagegen

AN/096/2021 Erhöhung der Hebesätze für Gewerbesteuer sowie Grundsteuer A und B

Der Finanzausschuss hat den Antrag abgelehnt und die Stadtverordneten schließen sich diesem Entschluss an.

AN/097/2021 Projekt Neubau Freizeitbad badlantic

Im Vorwege der Abstimmung erfolgen einige Wortbeiträge der Stadtverordneten und von Bürgermister Sarach.

Abstimmungsergebnis:

9 dafür
12 dagegen
1 Enthaltung

AN/098/2021 Streichen Verkaufserlöse Kastanienallee

Der Finanzausschuss hat den Antrag abgelehnt und die Stadtverordneten schließen sich diesem Entschluss an.

AN/109/2021 Weiterführung der Balkonkonzerte

Der Bildungs-und Kulturausschuss muss sich in Detailfragen mit dieser Thematik beschäftigen. Frau Eicher schlägt vor man solle ein Konzept für Veranstaltungen erarbeiten um etwas Nachhaltiges zu erschaffen und auch andere mögliche Veranstaltungsorte einzubeziehen.

Stadtverordneter B. Stukenberg möchte, dass man die 30.000 € sichere und sich der BKSA damit inhaltlich auseinandersetzt.

Stadtverordneter Proske von der Fraktion SPD möchte das solche Angebote für alle zugänglich seien und über Balkonkonzerte hinausgehen. Dem stimmt Stadtverordneter Schrader von der Fraktion Die Linke zu und ergänzt, dass die Balkonkonzerte ursprünglich nur eine Notlösung waren.

Bürgermeister Sarach formuliert einen Änderungsantrag. Dieser lautet wie folgt:

„Die samstäglichen Balkonkonzerte auf dem Balkon der Stadtbücherei werden in 2022 weitergeführt und um weitere niedrigschwellige Angebote ergänzt. Dazu werden im zugehörigen Produktsachkonto 28105.5291000 insgesamt 30.000 € zur Verfügung gestellt“.

Der formulierte Änderungsantrag wird von den Stadtverordneten angenommen und wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

AN/113/2021 Feuerwehr – Umsetzung neues Fahrzeugdesign

Stadtverordneter B. Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert, dass die Anträge betreffend die Feuerwehr aufrecht erhalten werden trotz der Stellungnahmen seitens der Verwaltung.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der Fraktion WAB merkt an, dass der Bürgermeister der Dienstvorgesetzte der Feuerwehr ist und nicht die Selbstverwaltung. Zudem sei eine Ablehnung der beantragten Investitionen der Feuerwehr nicht kritisch für deren Einsatzfähigkeit.

Bürgermeister Sarach führt weiter aus, dass die Feuerwehr ein Bedarfsträger ist und für alle gleiche Spielregeln gelten müssen. Er weist zudem darauf hin, dass bereits Anfang 2022 ein neuer Feuerwehr- Bedarfsplan abgestimmt wird und man diesen bei Sonderbedarfe auch ändern kann.

Stadtverordneter Proske von der Fraktion SPD bittet die Betroffenen diese Angelegenheit auf Sachebene zwischen Feuerwehr und Verwaltung zu besprechen und wünscht sich für die Zukunft kein solches Verfahren über Anträge in der Selbstverwaltung.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP hält es für das gute Recht der Feuerwehr sich an die Selbstverwaltung zu wenden.

Abstimmungsergebnis:

18 dafür
2 dagegen
2 Enthaltungen

AN/114/2021 Feuerwehr – Anschaffung Seilwinde

Stadtverordneter B. Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hält einen kurzen Sachvortrag und erläutert, dass es bei diesem Antrag um das erstanrückende Fahrzeug geht und dieses grundsätzlich eine Seilwinde haben sollte. Dies erspare dann häufig den Einsatz eines zweiten Fahrzeuges und wird beispielsweise auch beim THK so gehandhabt (Seilwinde am erstausrückenden Fahrzeug).

Abstimmungsergebnis:

18 dafür
2 dagegen
2 Enthaltungen

AN/116/2021 Feuerwehr – Sichtbarkeit im Straßenverkehr

Stadtverordneter B. Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert, dass es hierbei um mehr Reflektionsflächen an den Fahrzeugen geht und dankt der Feuerwehr für ihre Anwesenheit.

Abstimmungsergebnis:

17 dafür
2 dagegen
3 Enthaltungen

AN/117/2021 Busverkehr Ahrensburg verbessern

Dieser Antrag war kurzfristig falsch betitelt (AN/177/2021). Die richtige Antragsnummer lautet: AN/117/2021.

Stadtverordneter Proske hält einen kurzen Sachvortrag und führt aus, dass ioki ein schwieriges System ist und von vielen nicht in dem benötigten Umfang genutzt werden kann.

Zudem solle man, wenn man mehr Menschen vom öffentlichen Nahverkehr überzeugen wolle, dieses Angebot nicht noch zusätzlich einschränken.

Stadtverordneter Proske stellt einen Antrag auf namentliche Abstimmung zur Geschäftsordnung. Diese ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

10 dafür
9 dagegen
3 Enthaltungen

Nach den Abstimmungen über die zur Vorlage 089/2021/1 dazugehörigen Anträge wird nunmehr über die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022/2023 abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für die Jahre 2022 und 2023 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

12 dafür
8 dagegen
2 Enthaltungen

2021/110/1

12. 2. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen

Stadtverordneter Eckert von der Fraktion SPD stellt nach den Haushaltsberatungen einen Antrag zu Geschäftsordnung, man möge die Sitzung nun schließen.

Stadtverordnete Brandt von der Fraktion CDU weist auf die Wichtigkeit der Abstimmung zu TOP 12 hin und Stadtverordneter B. Stukenberg merkt an, dass die Stadtverordnetenversammlung im Januar aufgrund der derzeit steigenden Infektionszahlen vielleicht sogar ausfällt.

Stadtverordneter Eckert von der Fraktion SPD zieht seinen Antrag zurück.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD hält einen kurzen Sachvortrag und erläutert, dass er die Verpflegungskosten für zu teuer hält.

Vorsitzender Wilde verliest den folgenden Beschlussvorschlag und es folgt die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die 2. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen **(Anlage)** wird unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag in Bezug auf die Reduzierung des Krippenelternbeitrages beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

15 dafür
7 Enthaltungen

2021/128

13. Durchführung eines Auswahlverfahrens zur Neuvergabe des Gaskonzession in der Stadt Ahrensburg nach § 46 EnWG

Stadtverordneter Eckert von der Fraktion SPD verlässt den Sitzungsraum zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes.

Vorsitzender Wilde erklärt nochmals, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Ahrensburg hier nicht befangen sind.

Zunächst hatte man sich seitens der Verwaltung gewünscht, dass die betroffenen Aufsichtsratsmitglieder an den Beratungen und insbesondere an der Beschlussfassung nicht mitwirken und insofern den Sitzungsraum verlassen um einen „bösen Schein“ eines Interessenkonfliktes und der Voreingenommenheit nicht zu provozieren, sondern vielmehr diesen zu vermeiden.

Aufgrund der aktuellen Tagung im Pairingverfahren wäre hierdurch jedoch die Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben.

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Die Abstimmung über den folgenden Beschlussvorschlag erfolgt mit 21 statt 22 Stadtverordneten (Stadtverordneter Eckert / SPD fehlt).

Beschlussvorschlag:

1. Die als **Anlage 1 - Bewertungsmatrix** beigefügten Auswahlkriterien für das Auswahlverfahren zur Neuvergabe der Gaskonzession für das Gasnetz der allgemeinen Versorgung der Stadt Ahrensburg und deren Gewichtung **werden beschlossen**.

2. Die als **Anlage 2 – Erläuterungen zur Bewertungsmatrix** beigefügten Erläuterungen und Anmerkungen zu den Auswahlkriterien und deren Gewichtung **werden zur Kenntnis genommen**.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2021/132

14. Anschaffung einer Hebebühne für die Bühne im Alfred-Rust-Saal
- Beschluss über eine außerplanmäßige Auszahlung gemäß § 82 GO

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Vorsitzender Wilde verliest den folgenden Beschlussvorschlag und die Abstimmung erfolgt mit 21 von 22 Stadtverordneten (Stadtverordneter Eckert von der Fraktion SPD fehlt).

Beschlussvorschlag:

Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 25.000 € beim PSK 26100.1991020 (Zuwendung an die Niederdeutsche Bühne Ahrensburg) sowie Aufwendung beim PSK 26105.5211010 (einmalige Bauunterhaltung) in Höhe von 5.000 € wird gemäß § 82 GO zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben im PSK 26105.0700000 in gleicher Höhe.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

AF/2021/016

15. Anfrage der Fraktion die Linke betreffend geförderten Wohnungsbau in Ahrensburg

Vorsitzender Wilde merkt an, dass der Fachdienst II.4 Soziale Hilfen eine ausführliche Antwort auf die Anfrage verfasst hat und diese dem Protokoll als **Anlage** beigefügt wird.

16. Weihnachtsgrüße des Bürgervorstehers

Stadtverordneter Eckert von der Fraktion SPD kommt zurück in den Sitzungssaal.

Vorsitzender Wilde hält eine Rede und übermittelt Weihnachtsgrüße. In diesem Zusammenhang dankt er allen Beteiligten für Ihr Engagement, insbesondere für Ihr Einverständnis zu Tagungen im Pairingverfahren.

Vorsitzender Wilde schließt den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung um 23:40 Uhr.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin